

# Grüner Rundbrief

Mitgliederzeitschrift für Karlsruhe, Juli 2008



[www.gruene-karlsruhe.de](http://www.gruene-karlsruhe.de)

Superwahljahr!

Es kommt, es kommt. Der Vorstand beschäftigt sich in diesen Tagen unter anderem mit den ersten Vorbereitungen für die Bundestagswahl 2009, die Kommunalwahl und die nicht so sehr beachtete, nichtsdestotrotz wichtige Europawahl im nächsten Jahr. Der Landesverband hat die Listenominierung sehr früh angesetzt und will wohl damit vermeiden, eigens eine LDK dafür abzuhalten. In der Juli-MV werden wir also unsere Kandidatin aufstellen. Der Vorstand hat sich darauf verständigt, Sylvia Kotting-Uhl erneut das Vertrauen zu schenken und ihre Kandidatur dem KV zu empfehlen. Natürlich ist aber diese Nominierung ein demokratischer Prozess und es steht jedem frei, sich um die Kandidatur im Wahlkreis zu bewerben und wir möchten niemanden mit unserer Empfehlung davon abhalten. In den nächsten Tagen geht Euch eine extra Einladung zu dieser Nominierungsversammlung zu.

In so ziemlich jedem weiteren Rundbrief werdet ihr außerdem einen Aufruf finden, Euch für die Kommunalwahlliste zu bewerben. Wir freuen uns auf möglichst viele Bewerbungen für die wichtige Arbeit im Gemeinderat, die die öffentliche Meinung über uns in Karlsruhe prägt, da sie sehr stark wahrgenommen wird. Und wer weiß – vielleicht führt die Arbeit als Gemeinderat am Ende dazu, ein Amt in der Stadt wahrzunehmen....

Vorankündigen möchten wir den auch im Regionalbüro beschlossenen gemeinsamen Wahlkampfauftakt mit möglichst allen KandidatIn-

nen aus Stadt und Land für das Wahljahr 2009 Ende März – zeigt das nicht nur, dass die Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden in der Region nicht stagniert, sondern funktioniert – zumindest auf der Ebene des Regionalbüros. Es gibt Gemeinsamkeiten aller Art, aber natürlich auch Differenzen. Einladen möchten wir Euch jedoch dazu, mehr an Veranstaltungen in den regionalen Kreisverbänden teilzunehmen. Oft genug sind die dortigen Themen auch unsere Themen in der Stadt – NPD oder das Kohlekraftwerk – um mal zwei aktuelle Themen zu beleuchten.

Auf Landesebene waren wir zuletzt mit dem jährlichen Landesausschuss beschäftigt, bei dem Mitglieder des Kreisverbandes mit über 20 Anträgen anschaulich demonstriert haben, dass wir aktiv am Geschehen der Landespolitik teilnehmen. Das beschlossene Papier zur LehrerInnen-ausbildung, das unter Federführung unserer Renate Rastätter entstanden ist, wurde am Ende einstimmig angenommen, für das Wirtschaftspapier haben wir eine ganze Reihe von Änderungsanträgen gestellt, die überwiegend übernommen wurden, wenn auch teilweise in modifizierter Version und so dem Papier eine starke soziale Komponente gegeben hat, die sie vorher nicht hatte. Außerdem hat der Landesausschuss unsere Resolution gegen das Kohlekraftwerk in Karlsruhe und anderswo angenommen – ein erfolgreicher Tag also für die Aktiven unseres Kreisverbandes.

All diese Beispiele sollen Euch auch darin bestärken, Euch in die Kreis-

## Inhalt

Protokoll der letzten Mitgliederversammlung	2
Arbeitskreis Schulentwicklung	2
RedakteurIn für Rundbrief	2
Termine	3
Demo gegen Kohlekraftwerk	4
AK Vorratsdatenspeicherung	4

### Aus der Gemeinderatsfraktion:

• Neue Anträge	5
• Anfragen, Pressemitteilungen	6
• Stadionumbau	6
• Nachlese	7

### Aus der Landtagsfraktion:

• Bären im Schwarzwald	8
• Fleischwerk, Gewerbegebiete	8
• Gäste im Landtag	9
• Vor-Ort-Termine, Initiativen	9

### Aus der Bundestagsfraktion:

• Abfallvermeidung	10
• Umweltgesetzbuch	10
• Tag der Umwelt, ECHA	11
• Atomanlagen unterversichert	11

Kontakte	12
----------	----

verbandsarbeit einzubringen, mit Mitarbeit in der Partei die politische Arbeit in Stadt, Land und – nein, nicht Fluss, sondern Bund mit zu gestalten. Politik lebt von der Mitarbeit. Und so möchte ich Euch als letztes an dieser Stelle einladen, am 30. Juni nach Stuttgart zu kommen und in der Debatte mit Fritz Kuhn unsere kritische Sicht zur Afghanistanpolitik Raum zu geben. Details im 14-täglichen Terminrundbrief.

*Jörg Rupp*

# Protokoll der Mitgliederversammlung am 11.6.2008

Ort: Viktoriagarten Karlsruhe

Sitzungsleitung: Jörg Rupp

Protokoll: Christian Schmid-Schönbein

## TOP 1: Bericht aus dem Ortschaftsrat Durlach von Heike Puzicha

Heike berichtet von den Aktivitäten der Grünen in Durlach. Insbesondere von der Arbeit im Schul-Entwicklungsbeirat, Bau- und Kulturausschuss.

Schwerpunkt im Schulentwicklungsbeirat ist ein Modellprojekt in der fünften und sechsten Klasse, bei dem Haupt- und Realschüler sich später als üblich, nach der vierten Klasse, orientieren können. Ein Schwerpunkt im Bauausschuss ist die Ausweisung eines Bolzplatzes, da offensichtlich akuter Mangel an Sportplätzen für Jugendliche besteht. Ein weiteres Thema ist die Attraktivitätssteigerung des Schwimmbades durch den Bau eines Barfußparks.

## TOP 2: Bericht aus Berlin von Sylvia Kotting Uhl

Sylvia erzählt von der Gefahr des Imageverlustes der erneuerbaren

Energien, nachdem die falsch aufgesetzte Regelung des Biosprits von Sigmar Gabriel für viele negative Schlagzeilen gesorgt hat.

Sie berichtete von der Situation mit Boris Palmer, der als grüner OB von Tübingen die Beteiligung der Tübinger Stadtwerke an einem Kohlekraftwerksbau in Brunsbüttel unterstützt.

Ein großes Thema in Berlin war die Erstellung des Umweltgesetzbuchs, bei dem auf Druck der bayrischen Minister die erneuerbaren Energien heraus genommen worden. Sylvias Ziel ist es, einen Mindestwirkungsgrad von 58% für Kohlekraftwerke und einen Bedarfsnachweis für die Fernwärme zu verankern. Sie sagt, dass das öffentliche Interesse an dem Umweltgesetzbuch gering ist.

Danach erzählte Sylvia von der Vertragsstaatenkonferenz für Biodiversität, und dass diese nur eine öffentlichkeitswirksame Spende der Kanzlerin hervorbrachte, aber ohne einen wirksamen Hebel, wie Sanktionsandrohungen auseinander gegangen ist. Positiv erwähnt wurde, dass die indigenen Völker eingeladen wurden.

Zur Koalition sagt Sylvia, dass zurzeit Rot-Rot-Grün am besten wäre. Rot-Grün ist keine Handlungsoption

wegen des schwachen Abschneidens der SPD bei aktuellen Umfragen. Falls beides nicht geht ist auch Schwarz-Grün eine Option. Immer abhängig vom Verhandlungsergebnis.

**TOP 2a: Klaus Stapf erzählt von seinen ersten acht Tagen im Amt** und, dass man ihm keine Schonfrist gewährt.

## TOP 3: 350 € für den Kauf von Plakatständern

... werden einstimmig angenommen. Ob man zusammen mit dem Tollhaus kaufen kann wird geprüft.

## TOP 4: Gründung des AK Schule

Anne Segor erzählt von der drohenden Schließung der Uhlandschule in der Südstadt. Und der Gemeinderat hat einen Schulversuch beschlossen. Nun soll ein Konzept entwickelt und mit den betroffenen Familien besprochen werden. Dazu wird der GRÜNE-AK Schule gegründet (siehe auch Kasten unten auf dieser Seite und Termine).

Im März diesen Jahres hat der Gemeinderat mit knapper Mehrheit beschlossen, "...einen Schulversuch zur Entwicklung und Erprobung einer 10-jährigen gemeinsamen Schule in Karlsruhe anzustreben." Damit dieser Beschluss auch mit Leben gefüllt und in die Tat umgesetzt werden kann, haben wir auf der letzten Mitgliederversammlung den **Arbeitskreis Schulentwicklung** aus der Taufe gehoben. Alle interessierten Menschen sind eingeladen, sich durch Ideen und Diskussionen an der Entwicklung eines Schulmodells für längeres gemeinsames Lernen zu beteiligen -> siehe Termine-Seite!

## RedakteurIn für GRÜNEN Rundbrief gesucht

Wie auf der letzten MV bereits angekündigt, wird unser langjähriger Redakteur Johannes Honné sein „Amt“ zur Verfügung stellen und die Redaktion des monatlichen Rundbriefs in andere Hände legen. Nun suchen wir eine NachfolgerIn, der/die Interesse an dieser wichtigen Arbeit hat und sich eine verlässliche redaktionelle Tätigkeit vorstellen kann. Johannes

wird für eine gründliche Einarbeitung und Hilfe zur Verfügung stehen und den Wechsel aktiv begleiten.

**Hast du Lust darauf, die Gestaltung unseres beliebten Rundbriefs in die Hand zu nehmen? Dann melde dich im GRÜNEN Büro oder bei konkreten Fragen auch bei Johannes. Wir freuen uns über dein Interesse, die GRÜ-**

**NE Arbeit auf diesem Weg zu unterstützen.**

Wir danken Johannes an dieser Stelle ganz herzlich für seine Zuverlässigkeit und seinen großen Einsatz und wünschen ihm allzeit ein gutes Händchen bei seinen weiteren Projekten.

*Uta van Hoffs für den Vorstand*

## Frauen gegen Rechts

Podiumsdiskussion mit Karin Binder, MdB Linke, **Sylvia Kotting-Uhl**, MdB GRÜNE und Rena Kenzo, Autorin, Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus

*Mittwoch, 2. Juli 2008, 19.30 Uhr im Kinder- und Jugendhaus Durlach, Weiherstr. 1*

## Infomobil des Deutschen Bundestages - mit Sylvia Kotting-Uhl

*Donnerstag, 3. Juli ab 14 Uhr am Marktplatz Karlsruhe*

Anlässlich der Afghanistan-Tage vom 1.-10. Juli 2008 in Karlsruhe

## Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen

Mit **Sylvia Kotting-Uhl** MdB GRÜNE und Dekan Otto Vogel, Karlsruhe

*Donnerstag, 3. Juli, 19.30 Uhr im Bonhoeffer-Haus, Gartenstr.29a*

## Lauf für Kinderrechte - Grüne LäuferInnen und UnterstützerInnen gesucht!

*Samstag, 5.7. 16 Uhr nonstop bis Sonntag 6.7. 16 Uhr*

## Monsanto mit Gift und Genen

Filmvorführung und Diskussion der Gentechnikfreien Region Mittl. Oberrhein

*Dienstag, 8.7. um 19.30 Uhr im Zieglersaal, Restaurant Akropolis, Baumeisterstr.18*

Jeden 2. Mittwoch im Monat um 20:00 Uhr, diesmal im Kleinen Ketterer, Adlerstr. 34 !

## Mitgliederversammlung ist am Mittwoch, 9. Juli

### Tagesordnung:

- Bericht aus dem Gemeinderat
- **Nominierung BundestagskandidatIn**
- Aktuelle politische Debatte
- Vorschlag einer Geschäftsordnung für Mitgliederversammlungen
- Satzungsänderung: Erhöhung des verfügbaren Budgets des Vorstands
- Rechenschaftsbericht 2007, Entlastung des Vorstands
- Haushaltsplan 2008 und mittelfristige Finanzplanung
- Verschiedenes

## 1. Treffen des Arbeitskreises Schulentwicklung

Kontaktpersonen sind Anne Segor und Uta van Hoff

*am Donnerstag, 17. Juli 2008 um 19.00 Uhr im Grünen Büro, Sophienstraße 58*

## Grüne Sommeruniversität der Grünen Fraktion im Europaparlament

28. - 31.8. in Frankfurt/Oder und Slubice, Info / Anmeldung: [www.green-summer-university.eu](http://www.green-summer-university.eu)

## Die September-MV ist am Mittwoch, 10.09. um 20 Uhr

(Tagesordnung wird noch bekannt gegeben)

# Keine schwarze Zukunft für die Karlsruher Luft

## Rund 400 Karlsruherinnen und Karlsruher auf Fahrraddemo gegen Kohlekraftwerk

Nach umfangreichen Vorbereitungen im Aktionsbündnis „Saubere Luft“ war es am 14.6. endlich so weit und unsere bange Frage, ob denn auch in Karlsruhe eine eindrucksvolle Demonstration zustande kommen könnte, wurde eindeutig durch die 400 Teilnehmer ganz zu unserer Zufriedenheit positiv beantwortet.

Zusammen mit der BI „Das bessere Müllkonzept“ und 4 Bürgervereine hatten wir im Aktionsbündnis per Rundmails, auf Plakaten und Homepages sowie an Infoständen zur Protestaktion aufgerufen.

Wir starteten um 10:30 am EnBW-Gebäude mit unseren Fahrrädern, die wir mit Fahnen, Transparenten und schwarzen Luftballons geschmückt hatten, und fuhren laut

klingelnd durch die Stadt bis zum Bauplatz. Zwischenstops mit Kundgebungen gab es beim Naturkunde-



museum, Ludwigsplatz und Gutenbergplatz.

Wir Grünen haben zu diesem Erfolg nicht wenig beigetragen, sowohl

durch unser personelles und finanzielles Engagement bei der Vorbereitung und Durchführung, als auch durch die zahlreiche Teilnahme unserer Mitglieder an der Demo. Darauf können wir stolz sein.

Wir freuen uns sehr über die gelungene Aktion und hoffen, dass sie unserem Kampf weiteren Schwung verleiht. Wir wehren uns dabei gegen das Karlsruher Kohlekraftwerk im Besonderen und alle diese Klimakiller im Allgemeinen.

Wie es weitergehen wird, stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Ich werde versuchen, Euch auf der AK-Klimamepage des Kreisverbands weiter auf dem Laufenden zu halten.

Sabine



## Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung

### - Region Karlsruhe -

#### Wer wir sind und was wir wollen

**Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung** ist ein bundesweiter Zusammenschluss von Bürgerrechtlern, Datenschützern und Internet-Nutzern. Er entstand aus dem Protest gegen die Anfang 2008 eingeführte sechsmonatige "Vorratsdatenspeicherung", befasst sich aber auch mit vielen anderen Themen rund um den Schutz der Privatsphäre.

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ist politisch unabhängig und überparteilich. Wir distanzieren uns ausdrücklich von gewaltbereiten, menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Positionen.

Weitere Informationen unter: [www.vorratsdatenspeicherung.de](http://www.vorratsdatenspeicherung.de)

**Die Ortsgruppe Karlsruhe** des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat beim Entropia e.V. im Gewerbehof in der Steinstraße 23.

Bisher haben wir Infostände, Kunstaktionen und Workshops (über E-Mail-Verschlüsselung) durchgeführt. Wir suchen die Vernetzung zu anderen Gruppen in und um Karlsruhe, die sich für Datenschutz engagieren, und planen weitere Aktionen zur Information der Öffentlichkeit.

Weitere Informationen zur Karlsruher Ortsgruppe unter

[www.vds-ka.de](http://www.vds-ka.de) und

[wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Ortsgruppen/Karlsruhe](http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Ortsgruppen/Karlsruhe)

Unsere Mailinglisten können Sie abonnieren unter:

[wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Ortsgruppen/Karlsruhe#Mailingliste](http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Ortsgruppen/Karlsruhe#Mailingliste)

Kontakt (wir sind per Mail am besten erreichbar):

Uta Schmitt, E-Mail: [serenade@die-optimisten.net](mailto:serenade@die-optimisten.net)

Georg Köhler, E-Mail: [grundrechte\\_ja\\_bitte@gmx.de](mailto:grundrechte_ja_bitte@gmx.de)

**Aktuell: Petition zur Novelle des BKA-Gesetzes**

Das neue BKA-Gesetz ermöglicht weitere Eingriffe in die Privatsphäre und weicht die Trennung zwischen Polizei und Geheimdienst weiter auf. Unterzeichnen Sie hiergegen die Petition des AK Vorratsdatenspeicherung unter

[www.stoppt-das-bka-gesetz.de](http://www.stoppt-das-bka-gesetz.de)

Direktlink: [itc3.napier.ac.uk/e-petition/bundestag/view\\_petition.asp?PetitionID=687](http://itc3.napier.ac.uk/e-petition/bundestag/view_petition.asp?PetitionID=687)

Näheres zum BKA-Gesetz:

[www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/222/55](http://www.vorratsdatenspeicherung.de/content/view/222/55)

Achtung: Die Petition läuft nur bis zum 1. Juli 2008.

## Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

### Neue Anträge

Wir haben in den letzten Wochen folgende Anträge zur Entscheidung in der letzten Sitzung des Gemeinderates vor der Sommerpause am 15. Juli 2008 gestellt:

#### 13. Juni 2008: [Leseförderung im Freibad](#)

Wir schlagen vor, das im vorigen Jahr erfolgreich durchgeführte Projekt „Freibadbücherei“ im Rheinstrandbad Rappenwört in diesen Sommerferien fortzuführen und um ein weiteres solches Angebot im Rüppurrer Freibad oder im Turmbergbad in Durlach zu erweitern.

Das Angebot „Freibadbücherei“ verzeichnete im vorigen Sommer in Rappenwört einen großen Andrang. Betreut durch Studentinnen und untergebracht in einem Container erreichte dieses Angebot viele Erwachsene und Kinder, die möglicherweise sonst keinen Zugang zu Büchereien suchen. Die Kosten für ein solches Projekt sind mit ca. 6.000 Euro für Containermiete und Personalkosten überschaubar und gemessen an dem Nutzen für Eltern und Kinder hervorragend angelegt.

#### 12. Juni 2008: [Bessere Information über Verglasungsanlage und Rückbauarbeiten in der Wiederaufbereitungsanlage auf dem Gelände des Forschungszentrum Karlsruhe](#)

Im kommenden Jahr wird mit der „heißen Phase“ der Verglasung der Rückstände des Betriebs der Wiederaufbereitungsanlage begonnen. Hierbei werden ca. 60.000 l hochradioaktive Abfälle aus 20 Jahren Wiederaufbereitung im ehemaligen Kernforschungszentrum in Glaskokillen gegossen und dann in Castorbehälter für den Abtransport gefüllt. Ein derart kritischer Prozess gefährdet nicht nur bei schweren Zwischenfällen die Bevölkerung des Großraums Karlsruhe, auch im Normalbetrieb und bei kleineren Zwischenfällen kann Radioaktivität freigesetzt werden. Daher müssen alle sinnvollen Sicherheits- und Überwachungsmaßnahmen durchgeführt werden,

um jegliche Gefährdung der Bevölkerung der Stadt Karlsruhe auszuschließen und bei Problemfällen rechtzeitig und in geeigneter Art und Weise handeln zu können.

Die Stadt Karlsruhe soll sich daher darum bemühen, dass der Gemeinderat durch WAK GmbH und Stadtwerke, die im Hardtwald ein Wasserkwerk betreiben, regelmäßig über den Stand der Arbeiten und eventuelle Besonderheiten informiert wird. Außerdem sollen den Gemeinderätinnen und der Öffentlichkeit die derzeit für das Stadtgebiet gültigen Katastrophenschutzpläne vorgestellt werden.

Uns ist außerdem wichtig, dass bei zukünftigen Studien zu gesundheitlichen Auswirkungen der Radioaktivität der Raum Karlsruhe miteinbezogen wird, denn bisher wurden nur die Umgebungen von Atomkraftwerken untersucht und nicht die des Forschungszentrums. Daher konnten z.B. keine vergleichbaren Aussagen zum Vorkommen von Krebserkrankungen bei Kindern gemacht werden.

#### 11. Juni 2008: [Ziele und Kennzahlen im Teilhaushalt Umwelt](#)

Der neue doppische Haushalt ermöglicht eine bessere Steuerung der Stadtverwaltung. Dies geschieht unter anderem dadurch, dass für einzelne Teilhaushalte Kennzahlen angegeben werden, an denen abgelesen werden kann, ob die gesetzten Ziele erfüllt worden sind. Diese Kennzahlen wurden im ersten Haushalt in den meisten Fällen durch die Ämter selbst vorgeschlagen, aber auch der Gemeinderat kann die von ihm gewünschten Ziele hierbei einbringen. So sind bei uns einige Anträge zu ergänzenden Kennzahlen für verschiedene Fachbereiche in Arbeit. Dieser erste dient dem Ziel, zu überprüfen, ob die Feinstaub- und Stickoxidemissionen im gesamten Stadtgebiet auf ein Maß sinken, das die Einhaltung der aktuellen sowie der ab 2010 gültigen Grenzwerte für Luftschadstoffe flächendeckend sicher stellt.

Hierzu sollen die folgenden Kennzahlen in den nächsten Haushalt aufgenommen werden:

- Jahresmittelwerte Feinstaub PM10 an den Mess-Stellen Kriegsstraße und Reinhold-Frank-Straße
- Anzahl Überschreitungen im Kalenderjahr bei PM10 von 50 µg/m<sup>3</sup>
- Jahresmittelwerte Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) an den Mess-Stellen Kriegsstr. und Reinhold-Frank-Str.
- Anzahl Überschreitungen im Kalenderjahr bei Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) von 200 µg/m<sup>3</sup>

Am 20. Mai 2008 haben wir zusammen mit CDU, FDP und KAL einen interfraktionellen Antrag zum Thema [Bauausstellung – Generationenwohnen](#) gestellt.

Hierin wird die Stadtverwaltung beauftragt, ein Expertengremium einzuberufen, das in einem ersten Workshop zusammen mit Vertretern der Stadt und des Gemeinderates grundlegende Ideen für eine Karlsruher Bauausstellung im Jahr 2015 entwickelt.

Wenn – wie im Masterplan festgelegt – im Jahr 2015 eine solche Bauausstellung, die „visionäre Bauprojekte als Pilotvorhaben für Energie, Bautechnologie und für neue Nutzungsanforderungen im Siedlungsbau“ beinhaltet, verwirklicht werden soll, muss mit vorbereitenden Planungen umgehend begonnen werden. Die von uns vorgeschlagene Auftaktveranstaltung sollte Experten aus den unterschiedlichsten Fachrichtungen zusammenführen, um das Projekt Internationale Bauausstellung (IBA) Karlsruhe zunächst in kleinerem Kreis zu diskutieren und um dabei inhaltliche Leitlinien und Ideen zu entwickeln.

Die Dammerstocksiedlung war 1929 Projekt der IBA. Die hier entwickelten Ideen haben den Siedlungsbau nachhaltig beeinflusst. Eine IBA 2015 in Karlsruhe könnte – ohne damit jetzt dem beantragten Brainstorming vorzugreifen – diese Tradition weiterführen.

## Neue Anfragen

Für die nächste Gemeinderatssitzung haben wir die folgende neue Anfrage gestellt:

3. Juni 2008:

[Fußgänger- und Kinderunfälle](#)

Der Jahresbericht 2007 der Verkehrspolizei zu den Karlsruher Un-

fallzahlen verzeichnete einen erneuten Anstieg der als Fußgänger verunglückten Personen im Stadtgebiet. Auch 2006 war bereits ein Anstieg zu verzeichnen. Insbesondere die Zahl der verunglückten Kinder fällt hier ins Auge: Deren Zahl stieg von 22 im Jahre 2006 auf 41 im Jahre 2007 an.

Wir fragen zu diesen Unfällen nach, denn im Gegensatz zu den Radlerunfällen, die von der Verwaltung mittlerweile nach Schwerpunkten und Vermeidungsmöglichkeiten analysiert werden, ist uns nicht bekannt, ob dies auch für Fußgänger- und Kinderunfälle gilt und welche Stellen der Stadt sich damit befassen.

## Pressemitteilungen

Pressemitteilungen gab es außer zu unseren aktuellen Anfragen und Anträgen noch zu folgenden Themen:

6. Juni 2008:

[Uhlandschule zum zukunftsfähigen Schulmodell entwickeln!](#)

Nachdem die Uhlandschule seit geraumer Zeit immer weniger Anmeldungen zu verzeichnen hat, wird sie zum Schuljahresende im Sommer 2009 geschlossen. Unser Vorschlag ist, statt gegen Windmühlenflügel zu kämpfen und die Uhlandschule in alter Form erhalten zu wollen, sollte am gleichen Standort eine zukunftsfähige Strategie gefahren werden.

„Das könnte so aussehen, dass dort ein Schulmodell erprobt wird, an dem Realschule und Hauptschule – zunächst in Klasse 5 und 6 – zusammen unterrichtet werden. Ergänzende Angebote, wie Jugendtreff, Hort, Kindertagesstätte, Volkshochschulkurse könnten die „Neue Uhlandschule“ zu einem Bildungszentrum und damit auch zu einem Ort der Identifikation für die Bewohnerinnen und Bewohner der Südstadt entwickeln. Wir GRÜNE haben schon vor

zwei Jahren einen Schulentwicklungsplan gefordert, der gerade diese Entwicklung weg von der Hauptschule mit einbezieht und frühzeitig zukunftsfähige Lösungen anbietet. Dafür ist jetzt höchste Zeit!

In den beiden Stellungnahmen am 16. Mai 2008: [Genehmigung des Kohlekraftwerks hat fatale Folgen für Karlsruhe](#) und am 23. Mai 2008: [Stora Enso und EnBW: GRÜNE üben Kritik an Doppel-Genehmigung während der Pfingstferien](#) erneuern wir unsere Kritik an der Genehmigung zweier großer unnötiger Staub- und CO<sub>2</sub>-Emittenten, die besonders im Westen der Stadt die Belastungen vergrößern werden. Die Inbetriebnahme eines weiteren Kohlekraftwerkes am Rheinhafen widerspricht allen Zielen und Vorgaben zur Reinhaltung der bereits heute schon stark vorbelasteten Luft in Karlsruhe; damit werden alle Anstrengungen zur Luftreinhaltung und zur Einhaltung der vorgegebenen EU-Grenzwerte ad absurdum geführt. Eine weitere Häufung von Atemwegserkrankungen in unserer Region wird die un-

ausweichliche Folge sein. Nicht umsonst haben bereits viele Karlsruher Kinderärzte sich dem Protest gegen das Kohlekraftwerk angeschlossen. Wir kritisieren zudem, dass das geplante Kohlekraftwerk zu einer enormen Steigerung des klimaschädlichen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes führen werde, was den Klimaschutzzielen der Bundesregierung komplett zuwiderläuft.

Und: „Die Genehmigung beider Kraftwerke während der Pfingstferien zu erteilen und zu veröffentlichen, das ist mehr als schlechter Stil“, kritisiert unsere Fraktionssprecherin Bettina Lisbach. „Offensichtlich wird hier mit allen Mitteln versucht, den Widerstand in der Bevölkerung zu brechen. Nur so können wir uns erklären, dass zwei für Karlsruhe so wesentliche Entscheidungen direkt hintereinander und ausgerechnet dann gefällt werden, wenn ein Großteil der Karlsruherinnen und Karlsruher in Urlaub ist.“ Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, sich gegen dieses Vorgehen zur Wehr zu setzen und ihrem Protest gegen die nun genehmigten Anlagen öffentlich Ausdruck zu verleihen.

27. Mai 2008

## GRÜNE bekräftigen Ablehnung eines nur durch die öffentliche Hand finanzierten Stadion-Umbaus

„Wenn auch in Karlsruhe leider nicht ein Mäzen wie Dietmar Hopp lebt, der gerade dem Dorfclub Hoffenheim den Aufstieg in 1. Fußballbundesliga ermöglicht hat, so wäre doch bei intensiven Bemühungen eine Teilfinanzierung des Stadionumbaus durch

Verein und Dritte auch in Karlsruhe zu erreichen. Mit gestaffelten Beteiligungsmöglichkeiten für Fans, wie es sie z.B. in Köln, Duisburg oder Bielefeld gab, verschiedenen Formen von Sponsorenunterstützung und privatwirtschaftlichen Nebennutzungen

wäre sicherlich mehr als ein symbolischer Beitrag möglich“, so die beiden sportpolitischen Sprecher der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion, Andreas Ruthardt und Tim Wirth.

Angesichts einer zu erwartenden Bausumme von über 70 Mio. Euro

kritisieren die GRÜNEN die Einfallslosigkeit der verantwortlichen Akteure von KSC- und Verwaltungsspitze auf diesem Feld ebenso wie die Bereitwilligkeit, mit der die Mehrheit des Gemeinderats aus CDU, SPD, FDP und KAL signalisiert, ein weiteres teures Großprojekt mitzutragen.

„Was die Investition in Großprojekte angeht, lebt die Stadt bereits heute über ihre finanziellen Verhältnisse. Das zur Stadion-Finanzierung erforderliche Geld würde an anderer Stelle im städtischen Haushalt schmerzlich fehlen und zusätzliche Einsparungen erzwingen, etwa bei sozialen Aufgaben, der Sanierung der Schulen und bei der Förderung von Vereinen“, zählen die GRÜNEN einige Kritikpunkte auf.

„Wenn Umfang und Finanzierung des Umbaus nicht anders geplant

werden, bleibt es zudem bei der von der Stadtverwaltung zuletzt geschätzten Kostensteigerung von 58 auf 73 Mio. Euro. Diese Einschätzung halten wir – z.B. angesichts des aktuellen Anstieges der Stahlpreise – für realistisch. Einen anderen Eindruck zu erwecken, ist den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber nicht seriös. Da helfen auch die frommen Wünsche nach einer Kostenbegrenzung durch eine fixe Ausschreibungssumme nicht, wie sie jüngst die SPD äußerte“, so Andreas Ruthardt und Tim Wirth.

Der Anteil der Stadt sollte nach Ansicht der GRÜNEN Gemeinderatsfraktion auf die Summe von 21 Mio. Euro begrenzt bleiben, die für die unstrittig erforderliche Sanierung in jedem Fall nötig sind. Zusammen mit dem Beitrag des Landes ergibt sich dann ein öffentlicher Anteil von ca.

32 Mio. Euro. Aus Sicht der GRÜNEN bildet dieser Betrag eine tragfähige Basis.

„Wenn der KSC darüber hinaus weisende Wünsche und Ansprüche verwirklicht sehen möchte, sollte er die dafür notwendigen Mittel durch eigene Initiative einwerben. Eine höhere Beteiligung und damit eine höhere jährliche Zinslast ist zu riskant für eine Kommune, die elementare Aufgaben der Daseinsfürsorge zu erfüllen hat. Und das Risiko, dass bei ausbleibendem sportlichen Erfolg die zugesagten Einnahmen ausbleiben, ist nicht gering. Wie schnell dies gehen kann, zeigt der gerade noch glimpflich verlaufene Abstiegskampf des Traditionsclubs Kaiserlautern im Tabellenkeller der 2. Liga und die nicht berauschend verlaufene Rückrunde des KSC“, schließen die GRÜNEN ihre Stellungnahme.

## GRÜNE Nachlese



Im Juni wurde **Sabine Just-Höpfinger** als Nachfolgerin von Klaus Stapf in ihr Amt als Gemeinderätin eingeführt. Sie wird mit Ihren Tätig-

keitsschwerpunkten in einer der nächsten Rundbrief-Ausgaben vorgestellt.

### Was wurde aus unseren **Anträgen und Anfragen im Gemeinderat?**

Was lange währt... Bereits 1999 hatte die damalige GRÜNE Gemeinderatsfraktion einen Antrag zum Thema „Verzicht von gentechnisch veränderten Pflanzen auf kommunalen Flächen in Karlsruhe“ gestellt. Damals wurde er abgelehnt. Mittlerweile ist bei der Neuverpachtung städtischer

Flächen ein solcher Passus Teil des Vertrages und seit 2004 werden in der Kantine des Rathauses keine gentechnisch veränderten Lebensmittel mehr angeboten oder verarbeitet.

Einen **Beitritt zum Bündnis „Gentechnikfreie Region Mittlerer Oberrhein“** hatte die Stadt Karlsruhe in den Jahren 2004 und 2006 noch abgelehnt; in der letzten Gemeinderatsitzung am 10. Juni wurde auf Grund unseres Antrages vom 24. April 2008 dieser jedoch mit knapper Mehrheit – und trotz heftiger Gegenrede von OB Fenrich – **beschlossen!**

In derselben Sitzung wurden unsere Ergänzungsanträge zum Tagesordnungspunkt 6 **Anpassung der Richtlinien zum Bau und Betrieb von Kindertagesstätten aufgrund der neuen Zuschüsse von Bund und Land** (Einbeziehung von Mietausfällen in die Förderung für Träger, die Räume aus bestehendem Besitz für Kindertageseinrichtungen umnutzen) in den zuständigen Jugendhil-

feausschuss verwiesen, wo er noch vor der Sommerpause behandelt werden soll.

Das Anliegen unseres Zusatzantrags zu TOP 24 **Verbesserung der Verkehrserschließung im Karlsruher Norden** (Prüfung, ob die Ortsumgehungsstraße Hagsfeld auch als zweispurige innerörtliche Verbindungsstraße ohne künftige Ausbaufähigkeit auf autobahnähnlichen Standard und unter Verzicht auf knotenfreie Anbindungen gebaut werden kann) wurde in den entsprechenden Verhandlungsauftrag an den OB einbezogen.

Ute Schulze-Harzerts Projektidee eines **Stadtteilbezogenen Qualifizierungsprogrammes für Alleinerziehende**, das sowohl dem Aspekt der Kinderbetreuung wie der Notwendigkeit von Teilzeittätigkeit und -ausbildung Rechnung trägt, wurde von der Stadtverwaltung als „sinnvoll und notwendig“ beschieden und soll im Rahmen des geplanten Armutsbekämpfungsprogrammes verwirklicht werden.

## Aus der Landtagsfraktion

# Wann darf Bär im Nordschwarzwald los?

1996 wurde in Deutschland mit dem Alternativen Bärenpark Worbis (Thüringen) das erste wissenschaftliche Bäreninformationszentrum gegründet.

Die Stiftung für Bären, die diesen Park in Thüringen betreibt, möchte auch in der Region Nordschwarzwald einen solchen Park eröffnen und hat dafür ein Konzept vorgelegt.

Die Ziele für den Alternativen Bärenpark basieren auf der Grundidee, innovative Konzepte der Tierhaltung in Deutschland zu etablieren, um damit die Möglichkeit tiergerechter Haltung von Bären, Wölfen und anderen Großräubern erfolgreich in natürlichen Lebensräumen unter Beweis zu stellen. Für den Nordschwarzwald bietet dieses Konzept eine große



Chance, Naturschutz und Tierschutz mit einer nachhaltigen und umweltverträglichen Tourismusinfrastruktur einschließlich einer vorbildlichen Naturschutz- und Umweltbildung zu verknüpfen. Soweit ist alles startbereit, vorausgesetzt die EU-LEADER-Mittel, die bereits vor zwei Jahren beantragt wurden, werden endlich vom Land bewilligt. Renate Rastätter

als tier-schutzpoliti-sche Spre-cherin hat sich deshalb mit einem Antrag an die Landes-regierung gewandt.



Renate Rastätter

16.05.08 Renate Rastätter: Große Chance für Naturschutz, Tierschutz und Tourismus - Grüne wollen rasche Entscheidung über Förderantrag zum „alternativen Bärenpark Nordschwarzwald“:

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/233/233520.renate\\_rastatter\\_grosse\\_chance\\_fuer\\_nat.html](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/233/233520.renate_rastatter_grosse_chance_fuer_nat.html)

Antrag:

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/2000/14\\_2696\\_D.PDF](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/2000/14_2696_D.PDF)

## Geplantes EDEKA-Fleischwerk

**Renate Rastätter und Gisela Splett zur Antwort der Landesregierung zum EDEKA-Fleischwerk: „Offenbar verlässt sich die Landesregierung allein auf die Aussagen des Unternehmens“**

Die Antwortschreiben des Finanz- und Landwirtschaftsministers (wir berichteten in der letzten Ausgabe) haben Giselas und Renates Bedenken nicht zerstreuen können.

Vielmehr sind neue Fragen z.B. bzgl. des Verkaufspreises aufgekommen. Ebenfalls unklar blieben die Minister in ihren Schreiben, wie die Großansiedlung mit den Plänen zur Redukti-

on des Flächenverbrauchs vereinbar sein soll.

Presse: 03.06.08 Ansiedlung des Fleischwerks kann nicht akzeptiert werden

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM\\_Edeka\\_Fleischwerk\\_3\\_6\\_08.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Edeka_Fleischwerk_3_6_08.pdf)

Abgeordnetenbrief:

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Br-Edeka-Fleischfabrik-FM.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Br-Edeka-Fleischfabrik-FM.pdf)

Antwort der Ministerien auf die Abgeordnetenbriefe:

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Br-Edeka-Fleischfabrik-FM.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/Br-Edeka-Fleischfabrik-FM.pdf)



Gisela Splett

## Gewerbegebiete in Bühl/Ottersweier bedrohen ökologisch hochwertige Flächen

Unerfreuliche Nachrichten erhielt Gisela Splett kürzlich aus dem Landkreis Rastatt. Dort versucht die Verwaltungsgemeinschaft

Bühl/Ottersweier, auf Vorrat Gewerbegebiete auszuweisen. Eines dieser Plangebiete liegt an der Gemarkungsgrenze zu Baden-Baden, das nun seinerseits ein neues Gewerbegebiet wünscht. Beides zusammen stellt ein erschreckendes Beispiel für galoppierenden Flächenverbrauch ohne erkennbaren Bedarf dar. Gisela hat sich deshalb in enger Abstim-

mung mit den Grünen vor Ort mit einem Abgeordnetenbrief an das Umweltministerium gewandt.

Mit der Frage, wie der Flächenverbrauch im Land reduziert werden kann, beschäftigt sich auch ein interfraktioneller Antrag von CDU, SPD und GRÜNEN:

[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/2000/14\\_2723\\_d.pdf](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksa-chen/2000/14_2723_d.pdf)

## Internationale Gäste im Landtag

### Brasilianischer Bundesstaatsanwalt trifft die "Ökoabteilung" der Landtagsfraktion

Ein hochinteressantes Gespräch ergab sich am 27. Mai mit Felicio Pontes, Bundesstaatsanwalt aus Brasilien. Auf die Frage, was wir für den Schutz des Regenwaldes in Amazonien tun können, ging die Antwort in zwei Richtungen. Zum einen liegt es in unserer Verantwortung, keine "zerstörerischen Produkte" wie Soja, Fleisch oder Holz aus Amazonien zu konsumieren. Zum anderen können wir Projekte unterstützen, die zeigen, wie Amazonien nachhaltig entwickelt werden kann.

Positionspapier von Felicio Pontes „Crash der Kulturen – Wer wird Amazonien behalten?“

[www.dokumente.envicomm.org/EC8\\_1P\\_Pontes\\_D.doc](http://www.dokumente.envicomm.org/EC8_1P_Pontes_D.doc)



von links nach rechts Bernd Murschel, Felicio Pontes, Gisela Splett und Reinhold Pix

Knapp eine Woche später war dann eine mexikanische Delegation im Landtag zu Gast. Bernd Murschel und Gisela Splett nutzten die Möglichkeit, mit den Gästen über die Situation der indigenen Gemeinden in Mexiko, über die Gründe für steigende Maispreise und Probleme durch Auskreuzung von gentechnisch verändertem Mais zu sprechen.

Ebenfalls internationales Flair brachte eine Besuchergruppe aus Karlsruhe in den Landtag: Am 2. Juni konnte Gisela TeilnehmerInnen eines Integrationskurses des CJD in Stuttgart begrüßen.

## Vor-Ort-Termine

Im Zusammenhang mit ihrem Engagement für die Verwendung gebietsheimischen Saatguts als Baustein zur Erhaltung der biologischen Vielfalt besuchte Gisela am 21. Mai zusammen mit Pressevertretern die Rieger-Hofmann GmbH in Blaufel-

den-Raboldshausen und informierte sich dort über **Saatgutproduktion**.

Anlässlich der Woche der Botanischen Gärten besuchten Renate und Gisela am 9. Juni den **Botanischen Garten der Uni** und ließen sich von Prof. Nick über die Aufgaben und

Bedeutung des Botanischen Gartens und seine Probleme (u.a. Sanierungsbedarf der Gewächshäuser) informieren. Zusammen mit Prof. Lehner von der PH wurde außerdem über die geplante Verlagerung des Hochschulgartens auf das Gelände der Universität gesprochen.

## Weitere Initiativen und Pressemitteilungen

27.05.08 Antrag Berufliche Bildung in der Entwicklungszusammenarbeit  
[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2752.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2752.html)

23.05.08 Antrag: Beitrag des Landes zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie  
[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2744.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2744.html)

21.05.08 Gesetzentwurf: Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg

Verankerung der 9-10jährigen Basischule als Regelschule im Schulgesetz  
[www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14\\_2743.html](http://www.landtag-bw.de/WP14/Drucksachen/Txt/14_2743.html)

24.05.08 Splett: Dass Bau der Zweiten Rheinbrücke wertvolle Lebens-

räume in der Rheinaue zerstören würde, ist seit langem bekannt  
[www.gisela-splett.de/Presse-Rheinbruecke3.htm](http://www.gisela-splett.de/Presse-Rheinbruecke3.htm)

21.05.08 Grüne kritisieren Hauk: „Schmalspur-Biodiversität“ - MdL Gisela Splett: Förderpolitik im Agrarbereich stärker auf Artenschutz ausrichten“  
[www.gisela-splett.de/Presse-Biodiv4.htm](http://www.gisela-splett.de/Presse-Biodiv4.htm)

20.05.08 Bienensterben ist Ergebnis einer verfehlten Agrarpolitik  
[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM\\_Bienensterben.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/PM_Bienensterben.pdf)

Übrigens hat die GRÜNE Fraktion das Bienensterben auch zum Thema einer Landtagsdebatte am 4. Juni gemacht und hierzu auch Imker aus dem ganzen Land eingeladen.

19.05.08 Grüne fordern: Keine Selektion durch Kompetenzanalyse - Rastätter: „Kompetenzanalyse richtiges pädagogisches Instrument für alle Schüler“

[www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/233/233870.gruene\\_fordern\\_keine\\_selektion\\_durch\\_kom.html](http://www.bawue.gruene-fraktion.de/cms/default/dok/233/233870.gruene_fordern_keine_selektion_durch_kom.html)

16.05.08 Gisela Splett: Der Erklärung der Sonder-Umweltministerkonferenz „Biologische Vielfalt“ müssen Taten folgen

[www.gisela-splett.de/Presse-Biodiv3.htm](http://www.gisela-splett.de/Presse-Biodiv3.htm)

16.05.08 GRÜNE: Genehmigung des Kraftwerks hat fatale Folgen für Karlsruhe

[www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/pr0516\\_Kohle-kraftwerks-Genehmigung\\_hat\\_fatale\\_Folgen.pdf](http://www.gruene-karlsruhe.de/fileadmin/gruene-karlsruhe/mdl/pr0516_Kohle-kraftwerks-Genehmigung_hat_fatale_Folgen.pdf)



## MdB Sylvia Kotting-Uhl

**Wahlkreisbüro Karlsruhe**, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe  
 Mitarbeiterin: Ulrike Maier, Tel.: 0721 – 15 18 687, Fax: 0721 – 15 18 690  
 E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de)

**Büro Berlin**, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
 Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42  
 E-Mail: [sylvia.kotting-uhl@bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@bundestag.de)

Für die **Abgeordnetenfahrt vom 3.-6.Sept. nach Berlin** mit Sylvia Kotting-Uhl sind noch einige Plätze frei. Bitte bei Interesse anmelden unter [sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de](mailto:sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de) oder tel. bei Ulrike Maier im Wahlkreisbüro unter 0721 15 18 687. Das Programm wird in Kürze auf der Homepage des KV unter Mandatsträgerin Bundestag zu finden sein.

*Anlässlich der Beantwortung der schriftlichen Frage zur Position der Bundesregierung hinsichtlich der Festlegung von verbindlichen Zielen zur Abfallvermeidung in der europäischen Abfallpolitik, veröffentlichte ich die folgende Pressemitteilung:*

12.06.2008

## Schädlich für Umwelt und peinlich für Deutschland: Bundesregierung hintertreibt Abfallvermeidung in EU

Aus der Antwort der Bundesregierung wird deutlich, dass sie hinter dem Rücken der Öffentlichkeit die ehrgeizigen europäischen Abfallvermeidungsziele blockiert. Sie hintertreibt die ambitionierten Beschlüsse des Umweltausschusses des europäischen Parlamentes zur Abfallvermeidung. Ein solches Agieren hat nichts mit Ressourcenschonung und Umweltschutz zu tun, sondern dient in erster Linie der Auslastung heimischer Verbrennungsanlagen durch europäischen Müll.

Dabei ist es aus ökologischen und ökonomischen Gründen längst überfällig, die europäische Abfallpolitik in eine Ressourcenpolitik umzuwandeln. Vorrangiges Ziel muss es deshalb sein, die Abfallvermeidung als zentrales Element einer ambitionierten Ressourcenpolitik nicht nur zu benennen, sondern mit klaren Zielvorgaben zu versehen und konkrete Instrumente dafür vorzuschlagen. Anders ist in Europa das Problem sich verknappender Ressourcen auf

der einen und wachsender Müllberge auf der anderen Seite nicht zu lösen.

Der Schlüssel zu einer nachhaltigen Ressourcenpolitik liegt vor allem bei den Produktionsprozessen und den Produkten selbst. Abfallvermeidung heißt vor allem, den Materialverbrauch durch Effizienzsteigerungen deutlich zu senken und gleichzeitig die Langlebigkeit und Kreislauffähigkeit von Produkten drastisch zu erhöhen. Davon jedoch will die Bundesregierung offensichtlich nichts wissen.

*Anlässlich der Debatten über den ReferentInnenentwurf zum Umweltgesetzbuch erklärte ich am 05.06.2008:*

## FDP bei Umweltgesetzbuch gegen BürgerInnenrechte

In den letzten Tagen wurde viel darüber debattiert, dass Lobbyisten in manchen Bundesministerien direkt an der Ausarbeitung von Gesetzen beteiligt werden. Angesichts der jetzt von der FDP geforderten Änderungen zum Umweltgesetzbuch möchte man der wirtschaftsliberalen Partei empfehlen mal genauer nachzusehen, wer bei ihnen eigentlich die Parlamentsanträge schreibt.

Mit ihrem kruden Forderungspapier zeigen die Freidemokraten zweierlei: Ökologisches Denken ist für sie immer noch ein Fremdwort. Sich heutzutage gegen eine Pflicht zur Kraft-Wärmekopplung, also gegen die Steigerung der Energieeffizienz auszusprechen ist angesichts der drängenden Klimagefahren entweder dreist oder ignorant.

Deutlich wie selten zeigen die Freidemokraten zudem, was ihnen Bür-

gerrechte bedeuten. Die ehemalige Bürgerrechtspartei spricht sich gegen Öffentlichkeitsbeteiligung bei Erörterungsterminen aus – und fällt dabei hinter europäische Vorgaben zurück. Im Konflikt zwischen Bürgerfreiheit und Wirtschaftsfreiheit bezieht die FDP eindeutig Position. Diese Sorte Liberalismus ist nicht dem Staatsbürger (Citoyen) verpflichtet, sondern dem Wirtschaftsbürger (Bourgeois).

Anlässlich des Tages der Umwelt am 5.6.2008 wies ich mit der folgenden Pressemitteilung am 4.6.2008 darauf hin, dass die Umsetzung weit hinter den formulierten Klimaschutzziele der Bundesregierung zurückbleibt:

## Umweltbereich: Große Sprünge, nichts im Beutel

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, zum diesjährigen Tag der Umwelt am kommenden Donnerstag zum Thema „Eine Natur – eine Welt – eine Zukunft“ nicht zu erklären, wie dringlich Verbesserungen im Umwelt-, Natur- und Klimaschutz sind.

Wir haben ernsthafte Befürchtungen, dass solche Beteuerungen angesichts der realen Untätigkeit dieser Regierung bei der „Heimarbeit“ im

Umweltbereich nur den Effekt haben können, die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung zu befördern.

Um ihrer Glaubwürdigkeit willen und um der Glaubwürdigkeit der Politik willen, sollte die Bundesregierung an diesem Tag erklären, warum sie es für notwendig hält, zwar auf internationalen Kongressen durchaus überzeugend zu agieren, zu Hause aber nichts für die Rettung von Natur und

Klima zu tun, sondern alles andere für wichtiger zu halten. Dann stimmen bei der Großen Koalition endlich einmal Wort und Tat überein. Besonders glaubwürdig wäre die Botschaft, wenn sie von Wirtschaftsminister Michael Glos überbracht würde.

Wir Grünen möchten den diesjährigen Tag der Umwelt Erich Kästner widmen: Es gibt nichts Gutes außer man tut es!!!

Anlässlich des nächsten entscheidenden Schrittes des europäischen REACH-Prozesses mit dem Arbeitsbeginn der Europäischen Agentur für chemische Stoffe (ECHA) am 01.06. veröffentlichte ich folgende Pressemitteilung:

## ECHA muss Bevölkerung vor Gift-Chemie schützen

Die neue Behörde in Helsinki muss die Bevölkerung möglichst weitgehend vor den Gefahren durch erbgutverändernde und krebserregende Gifte bewahren. Mit einem beherzten Vorgehen gegen besonders riskante Chemikalien wird sie die Industrie in vielen Fällen zu umwelt- und menschenverträglichen Alternativen bewegen können.

Allerdings: Eine Behörde kann immer nur so gut sein, wie die rechtliche Grundlage, auf der sie arbeitet. Leider haben sich die Lobbyisten der kurzsichtigen Fraktionen der Industrie bei der Verwässerung der europäischen Chemikalienrichtlinie REACH in vielen Punkten so durchge-

setzt, dass ein schnelles Verbot von Ultragiften und ihre Ersetzung durch weniger gefährliche Stoffe auf diesem Weg schwierig ist. Trotz der Kritik von Umweltverbänden und Grünen dürfen bei REACH besonders gefährliche Materialien auch dann weiterverwendet werden, wenn es bereits unbedenklichere Alternativen gibt. Auch den neu entstehenden Problembereich der Nanostoffe hat REACH nicht ausdrücklich in Angriff genommen.

Dass EU-Industriekommissar Günter Verheugen beim Treffen des Transatlantischen Wirtschaftsrats nach einer FAZ-Meldung den USA eine weitere Aufweichung von REACH in Be-

zug auf die Inhaltsstoffe von Kosmetika aus Nicht-EU-Staaten zugesagt hat und dazu im Europaparlament eine Änderung der Verordnung anstrebt, zeigt dass die Auseinandersetzung um den Schutz vor Giftstoffen auch auf politischer Ebene weiter geführt werden muss.

Es bleibt zu hoffen, dass der neuen Behörde das Kunststück gelingt, trotz der löchrigen Gesetzeslage sich zum bestmöglichen Anwältin von Umwelt und VerbraucherInnen zu machen, die bestehende Spielräume ausnutzt um den Schutz vor gefährlichen Chemikalien zu verbessern. Wir wünschen ECHA dabei möglichst viel Erfolg.

Anlässlich der 1. Lesung eines Gesetzes zur Änderung haftungsrechtlicher Vorschriften des Atomgesetzes bei Atomunfällen erklärte ich:

30.05.2008

## Atomanlagen sind unterversichert

Wir begrüßen es, dass die Betreiber von Atomkraftwerken durch neue Regelungen in den internationalen Übereinkommen zur Haftung auf dem Gebiet der Atomenergie stärker für von ihnen verursachte Schäden in die Pflicht genommen werden können.

Es bleibt trotzdem anzumerken, dass die potentiellen Schäden eines Atom-GAUs nach wie vor in unglaublicher

Weise unterversichert sind. Das Prognos-Institut beziffert die potentiellen Schäden eines GAUs auf 5 Billionen Euro. Die jetzt bestätigte Deckungsvorsorge von 2,5 Milliarden € sichert also nicht einmal ein Promille des möglichen Schadens ab.

Dass AKW-Betreiber sich nicht – wie andere Energie-Produzenten – gegen den vollen Schaden versichern müssen, den ihre Anlagen verursa-

chen können, stellt eine gigantische Subventionierung dieser angeblich so kostengünstigen Form der Energieerzeugung dar.

Eigentlich müssten AKW-Betreiber für den vollen Schaden haften, den sie potenziell verursachen. Wahrscheinlich würden sie nicht einmal eine Versicherung finden, die dazu bereit wäre. Ein Risiko aber, das nicht versichert werden kann, ist gesellschaftlich nicht tragfähig.

# GRÜNE KONTAKTE

## BUNDESTAGSABGEORDNETE:

**MdB Sylvia Kotting-Uhl** (siehe Bundestags-Seiten)

## LANDTAGSABGEORDNETE:

### **Renate Rastätter**

Auf den Eiswiesen 9, 76185 KA, Tel. 4709343  
Renate.rastaetter@gruene.landtag-bw.de  
Mitarbeiterin: **Gisa Raiß**, Tel. 0711/20 63-680, Mo-Mi 9-17 h

### **Dr. Gisela Splett**

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 96 87 18 6  
Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de  
Mitarbeiter: **Alexander Geiger**, Tel. 0711/2063-966, Mo-Mi 9-16 h

## **Landesarbeitsgemeinschaften:**

[www.gruene-bw.de/partei/landesarbeitsgemeinschaften.html](http://www.gruene-bw.de/partei/landesarbeitsgemeinschaften.html)

## **REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:**

**Bettina Lisbach**, Amthausstr. 33, 76227 KA, Tel. 941 84 57

## **Bürgermeister für Umwelt, Klima und Gesundheit:**

**Klaus Stapf**, Amthausstr. 22, 76227 KA, Tel. 40 32 35  
Rathaus, 76124 KA, Tel. 133-1050, dez5@karlsruhe.de

## **BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:**

### **Karin Wolff, Gabi Schiller**

Hebelstr. 13 · 76133 KA, Tel. 2 91 55, Fax 2 9156  
Mo - Fr 9 -14 Uhr, [gruene@fraktion.karlsruhe.de](mailto:gruene@fraktion.karlsruhe.de)

## **GEMEINDERATSMITGLIEDER:**

**Bettina Lisbach** (*Fraktionssprecherin*) (Umwelt, Planung, Finanzen/Verwaltung, Natur- u. Tierschutz, MigrantInnen)  
Amthausstr. 33, 76227 Karlsruhe, Tel. 9 41 84 57

### **Anne Segor** (*stellv. Fraktionssprecherin*)

(Stadtentw., Kultur, Demokratie/Bürgerbeteiligung, Schule)  
Lebrechtstr. 28, 76199 Karlsruhe, Tel. 88 34 20

**Michael Borner** (Soziales, Wohnen, Jugend, MigrantInnen)  
Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 01 76 - 67 50 30 15

**Sabine Just-Höpfinger** (Wirtschaft/Arbeit, Finanzen/Verwaltung, Umweltschutz), Am Sixenrain 7, 76199, Tel. 886044

**Dr. Dorothea Polle-Holl** (Frauen, Jugend, Soziales, Schule) Willi-Egler-Str. 14, 76189 Karlsruhe, Tel. 57 41 48

**Andreas Ruthardt** (Bauen, Sport, Energie) Friedrichstr. 67, 76229 KA, Tel. 48 20 38

**Ute Schulze-Harzer** (Kultur, Wirtschaft / Arbeit, Frauen)  
Westmarkstr. 59a, 76227 Karlsruhe, Tel. 9 44 02 13

**Tim Wirth** (Bauen, Verkehr, Gesundheit)

Sophienstr. 158, 76135 Karlsruhe, Tel. 82 65 70

## **ORTSCHAFTSRAT DURLACH:**

### **Winnie Kratzmeier-Fürst**

Badenerstr. 43B, 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38

**Ralf Köster**, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89

**Dietmar Maier** Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 96 1

**Dr. Heike Puzicha-Martz**, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98

**Dr. Ulrich Wagner**, Lörracherstr. 4, 76227 KA, Tel. 40 15 40

## **ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:**

**Karl Berger**, Durlacher Str. 62, 76229 KA · Tel. 48 17 20

**Birgit Hauswirth-Metzger**, Im Jäger 19, 76229, Tel. 55 41 24

**Alexandra Knöbl**, Im Brühl 7, 76229 KA, Tel. 48 30 54

## **ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:**

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

Bei Unzustellbarkeit Anschriftenberichtigungskarte an:  
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 Karlsruhe

Deutsche Post   
INFOPOST

## **GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:**

### **Ursula Häffner**

Sophienstr. 58, 76133 KA, Tel. 20 31 23 2, Fax 20 31 23 4  
[buero.karlsruhe@gruene.de](mailto:buero.karlsruhe@gruene.de) [www.gruene-karlsruhe.de](http://www.gruene-karlsruhe.de)  
Sprechzeiten Mo + Fr 9 - 12 Uhr und Mi 15 - 18 Uhr

## **BANKVERBINDUNG:**

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67  
GLS Gemeinschaftsbank eG

## **KREISVORSTAND:**

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19 Uhr im Grünen Büro

**Uta van Hoff**, [gruene@utavanhoffs.de](mailto:gruene@utavanhoffs.de)

**Tanja Kluth**, Reichenbachstr. 12, 76227 Karlsruhe,  
Tel. 0170 - 1 61 84 35

**Istvan Pinter**, Rastatter Str. 16, 76199 KA, Tel. 88 79 34

**Jörg Rupp**, Albert-Schweitzer-Str. 17, 76316 Malsch,  
[joergrupp@joergrupp.de](mailto:joergrupp@joergrupp.de)

**Christian Schmid-Schönbein**, Sophienstr. 165, 76185 KA,  
Tel. 84 08 64 72

**Anke Weidlich (Kassiererin)**, Südendstr. 30, 76137 KA,  
Tel. 1 74 73 30, mobil: 0176- 20 43 34 49

## **Arbeitskreise:**

**AK Frauen:** Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

**AK Klima:** Mitja Weinert, (01 51) 10 77 60 17,  
[Mitja.Weinert@gmx.de](mailto:Mitja.Weinert@gmx.de)

**AK Lesben und Schwule:** Michael Gast, Tel. 9 37 40 43

**AK Verkehr:** Tim Wirth Tel. 82 65 70, Joh. Honné Tel. 85 64 36

## **Grüne Jugend:**

[sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de](mailto:sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de)

**Anna-Kathrin Wesolowski**, 76199, Adalbert-Stifter-Str. 2

**Alexander Salomon**, 76139, Gondelsheimer Str. 1

## **ORTSVEREIN Durlach:**

**Martin Pötzsche**, Bleichstr. 13, 76227 KA, Tel. 49 16 52

**Tanja Kluth**, Reichenbachstr.12, 76227 KA, Tel. 49 22 74

**Dr. Hildegund Brandenburg**, Badenerstr. 21, Tel. 42 89 8

**Gerhard Stolz** (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

## **ORTSVEREIN Neureut:**

**Klaus Junker**, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06

## **ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:**

**Matthias Voigt**, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel. 9890361

**Uschi Blombach**, Seewiesenäckerw. 31, 76199, Tel. 8302281

**Eva-Elisabeth Herold**

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01